Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 47 (1968)
Heft: 6

Artikel: Aktionsprogramm der SPS aus soziologischer Sicht
Autor: Walter, Emil J.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-347373

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Heft 6
Juni 1968

Profil

Prof. Dr. Emil J. Walter

Aktionsprogramm der SPS aus soziologischer Sicht

Ein Diskussionsbeitrag

Die lebhafte Diskussion innerhalb der SPS über taktische und strategische Probleme nach den Nationalrats- und Ständeratswahlen ist abgeflaut. Immerhin wollen wir versuchen, mit einigen grundsätzlichen Bemerkungen die Ursachen der politischen Rückschläge der SPS durch soziologische Überlegungen aufzuhellen. Wir meinen, man kann die Entwicklung im Kanton Zürich nicht nur wahltaktisch beurteilen. «Der Fall Bigler war» zweifellos «kein Zufall». Seine tieferen Wurzeln sind in gewissen soziologischen Verschiebungen zu suchen, die sich gleichzeitig in der Partei und in breiteren Wählerschichten auswirkten, aber bisher kaum analysiert worden sind. Es handelt sich unseres Erachtens letzten Endes um die

Folgen einer konservativen, überlieferten Taktik,

welche seit dem Zweiten Weltkrieg das Handeln der SPS vor allem im Kanton Zürich bestimmte. Ideologien, das heisst politische Leitbilder, haben ein zähes Leben. Das geistig-politische Weltbild der gewerkschaftlichen und politischen *Kader* der schweizerischen Arbeiterbewegung gravitierte seit dem Ersten Weltkrieg und dem Generalstreik bis in die Gegenwart hinein um den Hand- oder Industriearbeiter respektive den Begriff des Proletariers im Sinne des Kommunistischen Manifestes von Marx und Engels im Jahre 1848. Die schweizerische Arbeiterbewegung hat auch heute immer noch nicht ihre unbewusste Ablehnung des Akademikers überwunden, eine Abneigung, die sich nicht nur in der täglichen Parteiarbeit selbst äussert, sondern auch darin zum Ausdruck kommt, dass sich die Arbeiterfamilien nur schwer dazu entschliessen können, begabte Söhne oder Töchter an die Mittel- und Hochschule zu schicken. Über diese Tatsache haben die Erhebungen über den Anteil der Studenten aus Arbeiterkreisen an der Hoch-

schule St. Gallen und den andern Universitäten und die erziehungssoziologischen Untersuchungen in Basel, Neuenburg und Genf unter der Leitung der Professoren Popitz, Muller und Girod Klarheit geschaffen.

Ausserdem liegt in dem Sinne ein Generationenproblem innerhalb der schweizerischen Arbeiterbewegung vor, als sich die aus der Arbeiterklasse aufgestiegenen und in politische Positionen eingerückten Parteikader nicht genügend darum bemühten, einen politisch wirksamen und in genügender Zahl zur Verfügung stehenden politischen Nachwuchs heranzuziehen. Mit der allgemeinen Erhöhung der mittleren Lebenserwartung lag die Tendenz nahe, dass die massgeblichen Parteikader – dies gilt vor allem für Zürich – keinen Wert darauf legten, sich sozusagen als politische Konkurrenten ebenbürtige Nachwuchskräfte nachzuziehen und ihnen den Weg der politischen Karriere zu ebnen. Am 19. April 1962 haben wir im «Volksrecht» in einem abschliessenden Kommentar zur leidenschaftlich erregten Diskussion um die Tiefbahnvorlage darauf aufmerksam gemacht, dass der SPZ bald nur noch Sekretäre als Kandidaten für anspruchsvollere politische Ämter zur Verfügung ständen.

Leider stand auch die Revision des Parteiprogrammes des Jahres 1956 u. M. nach unter keinem glücklichen Stern. Man klammerte sich in der Parteileitung der SPS an die traditionelle Form einer langfädigen Programmschrift, die – selten genug gelesen – in den Formulierungen Realitätsbezug und Informationsgehalt vermissen liess, statt sich auf ein klares und kurzes *Grundsatzprogramm* zu einigen und dafür für jede neue wahl- und abstimmungspolitische Situation der laufenden Entwicklung angepasste *Aktionsprogramme* zu erarbeiten. Unbesehen wurde die allgemeine Form des 1904 von Otto Lang formulierten und nach dem Ersten Weltkrieg und vor dem Zweiten Weltkrieg von Robert Grimm umgestalteten Parteiprogramms beibehalten. Dagegen wurde leider darauf verzichtet, gründliche wissenschaftliche wirtschafts- und sozialpolitische Untersuchungen zu finanzieren. Wie wichtig wäre es gewesen, wenn zum Beispiel über das Problem der Grundrente und des Bodenrechtes oder andere Fragen allgemeiner Wirtschafts- und Sozialpolitik international vergleichende Untersuchungen bereitgestellt worden wären. Dies wäre zweifellos mit einem Bruchteil der finanziellen Mittel möglich gewesen, die nachträglich für erfolglose Abstimmungspropaganda aufgewendet werden mussten. Ebenso wurden in den letzten Jahren ernsthafte Möglichkeiten, sich an Hochschulinstituten für Sozialpolitik und Sozialwissenschaften zu beteiligen, nicht wahrgenommen.

Immerhin darf zu guter Letzt nicht übersehen werden, dass die sogenannte «Überfremdung» zwangsläufig eine politische Schwächung jener Partei zur Folge haben musste, die im laufenden Jahrhundert ihr Agitationsfeld unter den schweizerischen Industriearbeitern zu beackern gewohnt war. An die Stelle schweizerischer Industriearbeiter der dreissiger Jahre traten italienische, spanische, griechische und andere Gastarbeiter,

die in der Schweiz nicht stimmberechtigt sind. Daher musste das politische Gewicht der SPS, die sich in erster Linie als Partei der Industriearbeiter verstand, relativ und sogar absolut abnehmen. Wenn nun aber innerhalb der Partei gefordert wird, der politische Kurs der Partei müsse radikaler werden, nach links hin orientiert werden – offenbar ist eine Zusammenarbeit mit der Partei der Arbeit gemeint –, so beruht dieser Vorschlag leider auf einer falschen Beurteilung der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz. *Wähler kann die SPS nicht zu ihrer Linken, sondern nur links von der politischen Mitte gewinnen.* Entsprechende Wählererfolge würden selbst auf die Gefahr eines relativ kleinen Überganges von Wählern des linken Flügels an die PdA politisch viel stärker wirksam sein, als dies ein Anschluss nach links mit der zunehmenden Gefahr des Verlustes der Tuchfühlung mit der Mitte der Fall wäre. Die Gründe für diese Tatsachen liegen auf der Hand. Sie gehen zurück auf die Folgen der

modernen Entwicklung von Wirtschaft und Technik.

Innerhalb der führenden Industrienationen von Ost und West, von den USA über Grossbritannien, Frankreich, Deutschland, die Beneluxstaaten, Italien, Skandinavien und die Schweiz bis zu den Volksdemokratien des Ostens und der UdSSR haben sich wirtschaftliche Veränderungen durchgesetzt, welche in erster Linie auf die allgemeine Verwissenschaftlichung von Technik und Wirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg zurückzuführen sind. Wir wollen in der Folge diese Veränderungen etwas genauer untersuchen und die entsprechenden soziologischen und politischen Schlussfolgerungen ziehen.

Bis vor kurzem haben die Volkswirtschafter bei der Vergleichung der Wirtschaftsverhältnisse der Industriestaaten in erster Linie auf die Stahlproduktion und den Autobestand abgestellt. Dabei wurde der zentrale Motor der modernen wirtschaftlichen Entwicklung, nämlich die

Zunahme des Energieverbrauchs,

nur nebenbei gestreift. Wenn man aber das Wachstum der Produktivität der Wirtschaft irgendwie messen will, so ist es gegeben, auf die Kopfquoten der der Wirtschaft zur Verfügung stehenden Energie, gemessen in Kilowattstunden oder Steinkohleneinheiten, zurückzugreifen. Der bereits erwähnte Prozess der Verwissenschaftlichung von Technik und Wirtschaft stützt sich in erster Linie auf den Ersatz der menschlichen Arbeitskraft durch motorische Energie. Die energetische Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeitskraft ist erstaunlich gering. Sie beträgt bei achtstündiger Arbeitszeit bloss 180 Kilowattstunden (kWh) im Jahr. Die menschliche Arbeitsenergie ist im Laufe der Zeit durch technische Energiequellen ergänzt worden. An die Stelle der Kolbendampfmaschine, welche als erste

von Wasserläufen unabhängige Kraftmaschine zu Beginn des 19. Jahrhunderts die industrielle Revolution auslöste, sind im 20. Jahrhundert Dampfturbinen, Elektro- und Verbrennungsmotoren getreten. Nur dann, wenn die mit diesen Veränderungen in Zusammenhang stehenden Daten der volkswirtschaftlichen Energiebilanz mit den allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsprozessen in Zusammenhang gebracht werden, kann eine Übersicht über die sich gegenwärtig in Industrieländern wie der Schweiz abspielenden soziologischen Veränderungen abgeleitet werden.

Nach einer schematischen Übersicht, die wir einer Einführung in die industrielle Elektronik, Steuerungs- und Regelungstechnik[1] entnehmen, standen in Europa um 1600 und 1700 einer einzigen menschlichen Arbeitskraft mit einer Energie von rund 180 kWh im Jahr zwei «Roboterenergien» von 360 kWh in Form von Wärmeenergie verbrannten Holzes und der Zug- und Tragenergie der Ochsen und Pferde gegenüber. Die einzelne Arbeitskraft verfügte also im Mittel über zwei «Roboterenergien». Um 1800 waren es drei «Roboter» geworden, welche die menschliche Arbeitskraft unterstützten. Die erste industrielle Revolution, das Zeitalter von Stein- und Braunkohle, vergrösserte die «Roboterenergien» bis 1850 auf 900 kWh, das heisst das Fünffache der menschlichen Arbeitskraft und bis 1900 auf das 13fache. Für das Jahr 1950 wurde die europäische Roboterenergie dank der zusätzlichen Verwendung von Wasserkraft, Erdöl und Erdgas auf mehr als das 23fache der Energie einer einzelnen Arbeitskraft geschätzt. Mit anderen Worten die gewaltige Produktivitätssteigerung der modernen Wirtschaft beruht in erster Linie auf dem Ersatz und der Ergänzung der Muskelarbeit von Mensch und Zug- und Tragtier durch motorische und thermische Energie, aus den Rohstoffen Kohle, Erdöl, Erdgas, Wasserkraft und neuerdings Atomspaltung gewonnen.

In einer ähnlichen Übersicht «Barometer des Reichtums»[2] wird für das Jahr 1966 der jährliche Energieverbrauch pro Einwohner in Tonnen Steinkohleneinheiten wie folgt geschätzt:

USA	9,2 Tonnen Steinkohleneinheiten[3]
Schweden	6,1 Tonnen Steinkohleneinheiten
England	5,5 Tonnen Steinkohleneinheiten
Bundesrepublik Deutschland	4,5 Tonnen Steinkohleneinheiten
UdSSR	3,8 Tonnen Steinkohleneinheiten
Schweiz	3,4 Tonnen Steinkohleneinheiten[3]
Frankreich	3,4 Tonnen Steinkohleneinheiten
Japan	2,2 Tonnen Steinkohleneinheiten

Ob die Zahlen genau und zuverlässig sind, ist nicht so wichtig wie das gegenseitige Verhältnis dieser Kopfquoten.

Die wirtschaftliche Grossmacht USA verdankt ihre gegenwärtige füh-

rende wirtschaftliche Stellung in erster Linie dem Energieverbrauch, der das Zwei- bis Dreifache des mittleren Energieverbrauches der europäischen Industriestaaten beträgt. Da die Elektronenrechner respektive Computer bloss in einem Teil der wirtschaftlichen Tätigkeit, nämlich im Bereiche der im weitesten Sinne des Wortes administrativen Datenverarbeitung, wirtschaftlich verwertbar sind, ist der Energieverbrauch ein viel zuverlässigeres Mass des technischen Fortschrittes als die Kopfquote der in der Wirtschaft eingesetzten elektronischen Datenverarbeitungsanlagen (eDV). Die Verbesserung der wirtschaftlichen Produktivität in Form der Reorganisation der Produktion durch Steuer- und Regelungstechnik, durch Ersatz menschlicher Arbeitskraft durch Motoren, durch Verbesserung der technologischen Methoden schwankt von Produktionszweig zu Produktionszweig, hat aber seit den fünfziger Jahren vor allem deshalb ein stürmisches Tempo angenommen, weil dank der Halbleitertechnik durch Transistoren und andere elektronische Bauelemente die industrielle Elektronik, die Verwendung elektrischer Motoren vom kleinsten Handgeräte bedienenden Motor bis zu den Generatoren der grossen thermischen Kraftanlagen möglich wurde.

Eine besondere Entwicklung spielte sich auf dem Sektor der Nahrungserzeugung ab. «Eine Arbeitskraft erzeugt heute bei uns (das heisst in Deutschland) die Nahrung für 24 Menschen, in den USA bereits für 37 Menschen».[4] Gleichzeitig steigt der Anteil der die Nahrung verarbeitenden Industrie: «Der Landwirt erhält einen immer geringenen Anteil der Verbraucherausgaben für Nahrung: ... (in Deutschland) nur noch etwa 50 Prozent, in den USA bereits unter 40 Prozent.»[4] Physikalische, chemische und biologische Forschung haben die Technologie revolutioniert und werden sie auch in Zukunft – wenn auch in gemässigterem Tempo[5] – revolutionieren. Dieser Veränderung respektive Wandlung der technologischen Voraussetzungen der wirtschaftlichen Tätigkeit lief seit dem Ersten Weltkrieg eine immer ausgeprägtere

Veränderung der soziologischen Struktur der erwerbstätigen Bevölkerung

parallel, welche von den Organen der schweizerischen Arbeiterbewegung kaum beachtet und in ihrer Tagespolitik zu wenig berücksichtigt wurde. Das geringe Verständnis der leitenden Kader der Arbeiterbewegung, des Gewerkschaftsbundes und der SPS gegenüber wissenschaftlichen Untersuchungen konnte immer wieder an einzelnen Symptomen abgelesen werden, auf die wir hier nur flüchtig eintreten wollen.[6] Daher wurde im Sinne eines politischen Wunschdenkens trotz dem Anschauungsunterricht der Weimarer Republik die Tatsache übersehen, dass sich in der Arbeitnehmerschaft schon vor dem Ersten Weltkrieg die relative Bedeutung der Angestellten respektive des «white collar men» gegenüber den Industriearbeitern respektive «blue collar men» verschob. Zahlreiche Gemeinden der Schweizerischen Eidgenossenschaft verloren in diesem Prozess bis zu einem Drittel

ihrer Wohnbevölkerung, während andererseits um die grösseren Wirtschaftszentren Zunahmen von 10 bis 35 und mehr Prozent der Wohnbevölkerung zu ausgesprochenen Agglomerationen und zur Verwandlung von Dorfgemeinden in statistische Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern geführt haben. Gliedert man die Beschäftigten in der Schweiz nach

Wirtschaftssektoren:

primärer Sektor (respektive Landwirtschaft), sekundärer Sektor (respektive Industrie und Handwerk) und tertiärer Sektor (respektive Dienstleistungen), so konnte von 1888, dem ersten Jahre einer eidgenössischen Berufszählung, und 1950 ein stetiger Rückgang des primären und ein stetes Wachstum des tertiären Sektors festgestellt werden.[7] Auf diese grundsätzlichen Verschiebungen müssen wir in der Folge im einzelnen genauer eintreten.

(Fortsetzung folgt)

1 «Automation», Techn. Lehrinstitut Onken, Kreuzlingen.

2 aus «Die Zeit», 22. März 1968.

3 Beim Vergleich der Energiebilanzziffern in Form der schweizerischen und der amerikanischen Kopfquote ist zu beachten, dass die Schweiz ein sehr kleines Land mit einer relativ grossen Bevölkerungsdichte im Gegensatz zu den USA mit kontinentalen Dimensionen, relativ kleiner Bevölkerungsdichte (im Mittel), somit hohen Transportkosten ist. Ausserdem spielt in den USA die Schwerindustrie eine zentrale wirtschaftliche Rolle, während die Schweiz in industrieller Hinsicht sich auf die Veredelungs- und Qualitätsindustrie konzentriert hat. Letzten Endes dürften die schweizerische und die amerikanische Energiebilanz unter Berücksichtigung dieser Faktoren fast ausgeglichen sein.

4 «Nahrungserzeugung und Nahrungsqualität im Zeitalter der Urbanisierung» von Dr. H. Zucker. «Umschau» Nr. 6, 1968, S. 174 ff.

5 «Grenzen der Forschung als Grenzen der wirtschaftlichen Entwicklung» von Emil J. Walter, S. 405/14 in Festschrift der HSG., 1963. «Die Zukunft des wissenschaftlichen und technischen Fortschritte» von Emil J. Walter, «Schweizer Monatshefte» 1967, S. 994/1000.

6 Vorschläge zur Gründung einer schweizerischen Vereinigung sozialistischer Akademiker wurden zum Beispiel vom späteren Bundesrat Ernst Nobs grundsätzlich abgelehnt; in wissenschaftlichen Gesellschaften beteiligt sich nur eine kleine Zahl von Genossen; es wurde darauf verzichtet, wissenschaftliche Dokumentationen zum Bodenrechtsproblem zu finanzieren; der Versuch einer Gründung eines Institutes für Sozialpolitik scheiterte an der Passivität von Gewerkschaften und VSK; die ABZ wird finanziell ungenügend unterstützt; an zwei internationalen Tagungen über die Probleme der Automation in Oberhausen im Ruhrgebiet mit erstklassigen wissenschaftlichen internationalen Referenten (letztmals 3. bis 8. März 1968) nahmen die schweizerischen Gewerkschaften trotz offizieller Einladung nicht teil.

7 «Der Entwicklungsstand eines Wirtschaftsgebietes. Der Anteil der Wirtschaftssektoren an der Gesamtzahl der Beschäftigten als Gradmesser» von Christian Gasser. Industrielle Organisation 1959, 6 Seiten.